

Streikwelle in Köln: Müllabfuhr steht von 12. bis 15. März still!

In Köln streiken Abfallwirtschaftsbetriebe vom 12. bis 15. März 2025 für höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen.



In Köln weitet sich die Streikwelle im öffentlichen Dienst aus. Betroffen sind ab dem 12. März die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB), die die Müllabfuhr, Straßenreinigung, Werkstatt, Lager, Verwaltung, Wertstoff-Center und den Containerservice betreuen. Die Gewerkschaft **Verdi** ruft die Beschäftigten bis zum 15. März 2025 zu ganztägigen Warnstreiks auf. Hintergrund sind die Forderungen der Beschäftigten nach einer Gehaltserhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat. Dies wird von Verdi zudem unterstützt durch Forderungen nach höheren Zuschlägen, drei zusätzlichen freien Tagen und mehr Zeitsouveränität.

Die Arbeitgeber haben laut Verdi bislang kein konkretes Angebot

unterbreitet. Tjark Sauer, Geschäftsführer von Verdi Köln-Bonn-Leverkusen, äußert Unverständnis über das ausbleibende Entgegenkommen der Arbeitgeber und fordert eine konstruktive Gesprächsbasis. Die nächste Verhandlungsrunde soll vom 14. bis 17. März in Potsdam stattfinden und ist entscheidend für den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen.

Die Lage im öffentlichen Dienst

Die Streiks sind Teil eines großen Tarifkonflikts im öffentlichen Dienst, der zuletzt in der letzten Februarwoche an Fahrt gewonnen hat. Laut **T-online** haben zehntausende Beschäftigte aus verschiedenen Sektoren, darunter Pflege, Kitas, Müllentsorgung und Nahverkehr, ihre Arbeit niedergelegt. In der vergangenen Woche allein haben rund 45.000 Menschen bundesweit gestreikt, was die Dringlichkeit der Forderungen unterstreicht.

Christine Behle, die stellvertretende Vorsitzende von Verdi, hat die ausbleibende Wertschätzung durch die Arbeitgeber kritisiert. Zuletzt fanden auch Demonstrationen in Köln mit etwa 2.000 Teilnehmern am Kölner Neumarkt statt, um auf die Situation aufmerksam zu machen. Weitere Warnstreiks sind in allen Bundesländern in Vorbereitung, und die Termine werden in Kürze bekanntgegeben.

Forderungen der Beschäftigten

Die Forderungen von Verdi betreffen nicht nur die Gehaltserhöhung, sondern auch strukturelle Verbesserungen im öffentlichen Dienst. Zu den spezifischen Anliegen gehören auch:

- Höhere Zuschläge für belastende Schichtarbeit.
- Drei zusätzliche freie Tage.
- Ein „Meine-Zeit-Konto“ für mehr Zeitsouveränität.

Diese Maßnahmen sollen die Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhöhen und dazu beitragen, den

Personalmangel zu bekämpfen. Eine Einigung zwischen den Verhandlungspartnern wird als sehr unwahrscheinlich eingestuft, insbesondere da keine Angebote von den Arbeitgebern vorliegen.

Die Verhandlungen sind nicht nur für die derzeitigen Beschäftigten von Bedeutung, sondern sollen auch auf Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger übertragbar sein. Nach der dritten Verhandlungsrunde könnte es also weitreichende Auswirkungen auf mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben.

Die Situation bleibt angespannt, und die Gewerkschaften stehen bereit, ihren Druck auf die Arbeitgeber weiter zu erhöhen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Details	
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.t-online.de• www.verdi.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net